Herren

Staatskanzler Dr. Renner und Staatssekretär Dr. Sohärf

tien I.

Liebe Genossen Renner und Schärf.

Verschiedene Besprechungen in den letzten Tagen, insbesondere aber die gestrige Parteivorstandsitzung verenlassen mich, Ruch beiden als meinen väterlichen Freunden einige Zeilen zu schreiben.

Die Verhandlungen, die Ihr liebe Genossen im Namen unserer Partei über die Regierungsbildung führt, werden in den Kreisen der Sezialisten die in der Kirtschaft stehen, mit ziemlicher Sorge verfolgt.

Henn ich mich jeder Vorsprache bei Euch und jeder Teilnahme an Diskussionen enthalten habe, so deswegen, weil ich als Handatar unserer Partei, der aus diesen Firtschaftskreisen kommt, jeden Eindruck vermeiden wollte, dass ich für meine Person spreche. - Nun ist aber die Ansicht der beiden entscheidenden Genossen unserer Partei, über die Verteilung der Nandate in der neuen Regierung eine durchaus andere, als meine Ansicht und die der überwiegenden Anzahl der sezielistischen Funktionäre aus Industrie, Handel und Gewerbe. - Ich stelle daher meine Bedenken diesmal zurück und will meine Meinung Euch gegenüber zum Ausdruck bringen. Ich hoffe, dass Ihr mich nicht falsch versteht zu welcher Annahme mich die Tatsache berechtigt, dass Ihr beide Genossen mich aus der Wirtschaft in die jetzigen Farteifunktionen geholt und dort gehalten habt.

Bei der jetzigen Umbildung der Regierung ist meiner Überzeugung nach darauf zu sehen, dass von den zwei Schlüsselsrellungen unserer Wirtschaft, den Ministerien für Landwirtschaft und Ernährung einerseits und dem Ministerium für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr andererseits die letztere Position unbedingt von uns erreicht werden muss.

Der Zusammenbruch in den Apriltagen dieses Jahres, hat sowohl in der Industrie, wie auch in Handel und Gewerbe eine Unzehl kleiner Leute, die vor allem aus unseren Reihen kommen, in gehäbene Stellungen dieser Wirtschaft gebracht. Sie sind zumeist wegen ihrer Tüchtigkeit von Arbeitern und Angestellten entweder zu öffentlichen Verwaltern einzelner Gewerbebetriebe oder industrieller Betriebe oder zu einflussreichen Abteilungsleitern aufgerückt. Diese Menschen haben im ersten Anhieb Posten besetzt, die von Faschisten und Reichsdeutschen in feiger Flucht verlassen wurden und die von den anfänglich noch verschüchterten Bürgerlichen nicht gleich begehrt worden waren.

Wenn ich auch nie Aufhebens von unserer Tätigkeit gemacht habe, so muss man doch feststellen, dass es nur dem Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit unseren Positionen im Staatsamte für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr zu danken ist, dass wir diesen Einfluss in den Unternehmungen unserer Wirtschaft bisher bewahren konnten. Eine von uns unbeeinflusste Führung dieses Staatsamtes würde nicht nur verhindern, dass sich diese erstmalig in unserer Wirtschaft gesicherten Positionen weiter festigen, so dass sie in absehbarer Zeit einfach nicht mehr rückgängig zu machen sind, sondern es würde vielmehr sohon in den nächsten Monaten ein völliger Abbau dieser einflussreichen Stellungen eintreten. Damit würde unsere Wirtschaft wieder völlig den Gegnern unserer Idee überantwortet und Stellungen geräumt werden, die zu besetzen, wenn es überhaupt möglich sein würde. Jahre schwerster Arbeit erfordern. Bemerken will ich dabei noch, dass die Intelligenskreise unter diesen Umständen auch von uns abrücken werden und sich aus Gründen der Existenzsicherung und Befriedigung ihres Geltungstriebes, zum Mächtigeren bekennen werden.

Meiner Meinung nach steht oder fällt mit diesem personellen Einfluss in unserer Wirtschaft auch die Frage der Sozialisierung, die wir wie alle sozialistischen Parteien auf unsere Fahnen geschrieben haben. Wir können diese Sozialisierung auch späterhin schwerlich durchsetzen, wenn wir nicht in der Wirtschaft selbst jene Menschen in führenden Stellungen haben, die von demselben Geiste beseelt, uns in der Verwirklichung dieser Ideen unterstützen. Eine Sozialisierung vom grünen Tisch aus, gegen den Willen der wirtschaftlichen Intelligenz des Landes, ist von vornherein zum Versagen verurteilt. Behalten wir aber den Einfluss in diesem Ministerium auch in der nächsten Zeit, so werden wir, wenn wir auch die Sozialisierung jetzt nicht in nennens-

wertem Ausmasse, wegen des Widerstandes der anderen Seite durchführen können, doch an den Vorbereitungen weiterzuarbeiten imstande sein. Diese Position in der Regierung kann und wird daher verhindern, dass uns in der Übergangszeit bis zur nächsten Wahl durch die Gegenseite der Weg zu unserem Ziele, vollständig verrammelt wird.

Dieses Ministerium hat aber eine weitere, noch grössere Bedeutung, denn die Gesetzgebung der provisorischen Regierung hat allen Einfluss in der Wirtschaft auf dieses Ministerium zugeschnitten. Von hier aus werden sämtliche Kammern gelenkt, wird der gesamte Warenverkehr geregelt und über das Warenverkehrsbüro der beginnende Aussenhandel autoritär beeinflusst. Es ist daher von hier aus, auf einen ganz grossen Verwaltungsapparat, der die industrielle und gewerbliche Wirtschaft des Landes lenkt, der ehtscheidende Einfluss zu üben. Bekannt ist, dass dieser Verwaltungsapparat noch viele faschistische Elemente enthält und es wird bei der notwendigen Säuberung nunmehr davon abhängen, wer seine Leute an die freien Stellen zu bringen in der Lage ist.

Von der Beeinflussung dieses Verwaltungsapparates wird aber auch eine in unserem Sinne geführte Planwirtschaft abhängen, da eine Planung und Lenkung ohne diese Selbstverwaltungsstellen der Wirtschoft ganz undenkbar ist, weil unser Staat zur Verwirklichung der Wirtschaftsplanung nicht noch einen weiteren bürokratischen Apparat aufbauen kann. Wir stehen also vor der Tatsache, dass es von der Besetzung dieses Ministeriums gbhängt, ob wir einen Einfluss in der industriellen und gewerblichen Birtschaft auf Lange Sicht uns schaffen können, ob wir imstande sind eine Planung für diesen Sektor der Virtschaft nach unseren Gesichtspunkten durchzusetzen und ob wir schliesslich imstande sein werden, die Sozialisierung der wichtigsten Schlüsselstellungen in die Tat umzusetzen. Der Kampf um den Besitz dieses Ministeriums wird natürlich von der Gegenseite mit Aufwand aller Kräfte geführt werden. Das soll und darf uns aber nicht hindern, auf unserer Forderung zu bestehen, denn die Massen unserer Wähler werden auf wirtschaftlichem Gebiete durch dieses Ministerium betreut.

Euch liebe Genossen brauche ich nicht wiederholen wie sehr die anderen auch uns brauchen, um zu bekräftigen, dass die Aussichten in diesem Ringen für uns nicht schlecht stehen. Wenn es dabei um eine zu hohe Zahl von Handaten unserer Fraktion

in der Regierung geht, so möchte ich noch bemerken, dass eine Abtrennung des Verkehrs, für den Fall dass dieses Ministerium durch uns besetzt wird, nicht notwendig ist und sich auf diesem Wege ja schon eine Einschränkung unserer Mandatszahl ergibt.

Neben den Ministerien für Landwirtschaft und Ernährung und für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, sind noch zwei Wirtschafts-Ministerien und zwar: Wiederaufbau und Wirtschaftsplanung, wovon eines noch an uns fallen müsste. Dadurch ist dann auch in einer interministeriellen Kommission der Winisterien die Parität gewahrt. Ich neige nicht zu der Ansicht, dass Wiederaufbau für uns uninteressant ist, dem in diesem Ministerium ist der gesamte Bergbau, die gesamte Treibstoffwirtschaft und das Bauwesen, Dinge die eine sehr grosse Bedeutung für uns haben. Auf der anderen Seite ist Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung natürlich auch von beträchtlichem Einfluss. Die beiden letzteren Ministerien reichen aber in ihrer Bedeutung an die beiden erstgenannten bei weitem nicht heran und sind mehr als Trabanten zu betrachten.

Liebe Genossen, seid mir nicht büse, wenn ich meine Überzeugung in diesen für uns so entscheidenden Fragen auch zum Ausdruck bringe, aber ich fühle in mir die Verpflichtung es den Genossen gegenüber tun zu müssen, die ich in unserer Partei ganz besonders schätze und denen ich immer absolute Gefolgstreue halten werde. Es geht aber nicht nur um meine Meinung, sondern um die einer Unzahl bravster und tüchtigster Genossen aus allen Kreisen der Wirtschaft, aus der Gewerkschaft und aus der Partei, die gerade in der letzten Zeit zu mir gekommen sind und immer wieder ihrer Sorge Ausdruck verleihen, dass diese Zusammenhänge von den massgebenden Leuten unserer Fartei übersehen werden könnten.

Zum Schlusse sei mir auch erlaubt, einige Worte über meine Person zu verlieren, da ich immer bedrückt war, in meiner Stellungnahme durch den Glauben, jede meiner Äusserungen in dieser Richtung würde gerade von den Genossen auf deren Urteil ich am meisten gebe, als Eintreten für meine Person und als ungebührlicher Ehrgeiz aufgefasst werden. Ich will dazu nur feststellen, dass ich keineswegs glaube, dass mir diese Funktionen in dem Ministerium übertragen werden sollen, denn ich weiss genau, dass ich noch sehr jung und politisch noch lange nicht ausgereift 344 bin und dass alle diese Stellungen die Ihr, liebe Genossen mir

Monaten noch nicht hätte träumen lassen, mit solchen Aufgaben betraut zu werden. Für meine Ferson kann ich nur immer wieder sagen, wo ihr mich hinstellt, dort werde ich mit Freuden und ohne Murren meine Arbeit leisten, denn ich habe an allen diesen Arbeiten wirkliche Eust und könnte nie im Leben untätig bleiben. Ich habe sogar an einer völlig freien Arbeit in der Kirtschaft die grösste Lust und würde zuch mit Freuden wieder in die Wirtschaft zurückgehen, wenn ihr mich nicht in den politischen Funktionen notwandig brauchen würdet, denn dort bin ich zu Hause und kann nebenbei meiner Familie wahrscheinlich nuch ein wohlhabenderes und ruhigeres Leben sichern als in den politischen Stellungen die mir die Fartei zuweist.

meine Person, sondern nur um die Sache unserer Partei und ich will hoffen, dass Ihr an die Spitze dieses Ministeriums für Industrie, Gewerbe, Mendel und Verkehr einen Sozialisten bringt, der allein die Gewähr gibt, dass die von mir aufgezeigte Entwicklung in unserer Sirtschaft eingehalten wird. Diesen Menne werde ich und alle Genossen die mit mir eines Sinnes sind, vollste Unferstützung angedeihen lassen und ich werde ihm in der bescheidensten oder in der verantwortungsvollsten Stellung, gunz gleich wie es kommt, mit all meinem Können helfen, um diesen Aufgaben gerecht zu werden.

3;

-1

or Unit

ER

re

c :-

·:: (

Ur

Bitte nehmt dies für Eure Verhandlungen zur Kenntnis als die Meinung eines jungen Genossen, der Euer vorbehal loser Gefolgsmann ist.

Seid mir herzlichst gegrisst,

Malolbine



Vereinbarung

Die Österreichische Volkspartei, die Sozialistische Partei Österreichs und die Kommunistische Partei Österreichs treffen folgende Vereinbarungen:

1.)

Sie stimmen zu, dass die beiliegenden Gesetzentwirfe, und zwar das Verstaatlichungsgesetz und das Bundes - gesetz über die Bildung von Betriebsgenossenschaften zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmungsanteil noch in der Frühjahrstagung 1946 des Nationalrates zum Beschluss erhoben werden.

2.)

Das im Verstaatlichungsgesetz angekündigte Entschädid gungsgesetz ist möglichst bis 31.12.1946 zu erlassen. Die Entschädigung hat nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen:

- a) Für die Höhe der Entschädigung ist der wirkliche Wert der übergebenen Vermögenschaften massgebend;
- b) den inländischen und ausländischen Eigentümern mit Ausnahme von Angehörigen des Deutschen Reiches können als Entschädigung Aktien oder Kapitalsanteile von im Auslande gelegenen Tochter- oder Konzernbe trieben oder Vermögenschaften hingegeben werden, die im Zuge von Eigentumseinziehungen oder im sonstigen Wege der Bundesrepublik Österreich anheim fallen.
- c) Von den Entschädigungsbeiträgen, die nach dem Verbotsgesetz registrierpflichtige Personen zu erhalten haben ist vorerst die von diesen Personen nach der dritten Verbotsgesetznovelle zu leistende Vermögensabgabe in Abzug zu bringen.

d) Die Entschädigungsansprüche von Angehörigen des Deutschen Reiches werden auf die Forderungen der Bundesrepublik Österreich an das Deutsche Reich in Anrechnung gebracht.

3.)

Die Durchführung des Gesetzes zur Bildung von Betriebsgenossenschaften wird während des ersten Jahres
seines Bestandes auf höchstens 5 Unternehmungen beschränkt. Die Auswahl dieser Unternehmungen wird auf
Grund genauer Studien erfolgen. Die vertragschliessenden Parteien verpflichten sich, der Durchführung dieses Gesetzes bei diesen 5 Unternehmungen
keine Hindernisse zu bereiten.

sumu (Teilide e e e e e e e 4.)

In den verstaatlichten Unternehmungen ist die Neubildung bezw. Umbesetzung der Aufsichtsräte sofort
vorzunehmen und sind hiebei alle zur ordentlichen und
rationellen Führung erforderlichen Gesichtspunkte
sowie auch die Heranziehung von Vertretungen der
Arbeiter und Angestellten, zu berücksichtigen. Die
Bestellung des Vorstandes hat nach rein sachlichen
Gesichtspunkten zu erfolgen. Die Bildung, bezw. der
Zusammenschluss der gleichartigen oder in unmittel barem wirtschaftlichem Zusammenhange stehenden Unter nehmungen zu geeigneten Verbänden ist vorzunehmen.

. All the shape of the court of the

era de la discoursión de la companya della companya de la companya de la companya della companya

Vereinbarung

zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

a) Zusatz zu Punkt 3 der allgemeinen Parteienverein-

Die Auswahl dieser Unternehmungen wird derart erfolgen, dass aus 10 von der Österreichischen Volkspartei vorzuschlagenden Unternehmungen bzw. Beteiligungen 5 einvernehmlich zu bestimmen sind.

- b) Für das Unternehmen Hofherr & Schrantz wird vereinbart, dass es sogleich nach Verlautbarung des Verstaatlichungsgesetzes gemäss § 3 dieses Gesetzes an den Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften
- c) In die Aufsichtsräte der verstaatlichten Unternehmungen sind n.a. Vertreter des Bundes, event. anderer Gebietskörperschaften, sachlich verbundener verstaatlichter Unternehmungen, der Arbeiter und Angestellten der verstaatlichten Unternehmungen und der politischen Parteien zu entsenden. Die Entsendung der letzteren hat einvernehmlich zu erfolgen.

27.51

Zur Kenntnis genomens

Parteivorstand:

Vorsits Gen. Scharf

Ħ Afritech

Böhm

Hackenberg

Helmer

Jochmenn

Koref

Körner

Krones Machold

Maisel Ħ

Moik Popp

₹¥ Proft

Prokeeh

Scharf .

Seits

Speiser J

Stim ,

Strasser

Kontrolles

Flossmenn

Honey

Jonas

Kostroun

Mantler

Hentasti #

Pfaller

Rauscher Mid

suge sogen:

Theleis

Frenzel

Cischek

Jenschik

F Pollak

Pittermonn

Migsch

Deutsch

Kursen mit eta loo - 120 Teilnehmern (Nationalräte, Bundesräte und Landtagsabgeordnete) vor. Einführung in gewisse Grundbegri: der Verfassung, Verwaltung, Fragen des Budgets, Rechnungshofes, der Handelspoltik, der Handelsvertragstaktik sollen dort verhandlet werden.

Vortragende: führende Gen. aus der Verwaltung oder uns nahestehen

Verwaltungsfachleute.

Dauer:

8 - 10 Tage

Beginn:

erste Augusthälfte

Ort:

Calzhammergut oder Kärnten.

Seschluss

Der Vorschlag wird angenommen.

IV. Exekutivkomitee für Aktionsprogramm.

Gen. Deutsch stellt fest, dass wir mit unseren aussenvolitischen Forderungen Glück gehabt haben, sind rechtzeitig herausgekommen. Inzwischen erfolgten die Erklärung Sevins und Byrnes. Jetzt müssen Wir unsere Stosskraft auf die Punkte Verstaatlichung und Sozial-Politik richten. Jir brauchen nach aussenhin sichtbare Erfolge. Regt an, einen Grossversammlungstag für ganz Österreich abzuhalte: (Dies wird von den Ländern als unmöglich bezeichnet.) Bittet, das bisherige Aktions-Momitee zu erweitern.

intrag

Gen. Scharf, Deutsch, Fittermann, Scharf und Proksch.

Seschluss

Angenommen.

Verantwortlich für das Komitee. Deutsch.

V. Verstaatlichungsfragen.

Unser Antrag ist im Parlament eingebracht, im Ausschuss behandelt. Das Sub-Komitee hat den Auftrag seine Stellungnahme bis 2. Juni zu fixieren. Inzwischen ist der bekannte Gegenvorschlag der VP eingelangt.

Gen. Schärf bezeichnet die Vorschläge bezüglich Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten als Demagogie mit der die Eigentumsinstinkte geweckt werden sollen und als wirtschaftlichen Unsinn. Glaubt nicht, dass man da mit tun kann, es ist Aufgabe der Kammern

Gewerkschaften, sofort darüber zu sprechen.

Ist jedoch der Meinung, dass unsere Taktik darauf gerichtet sein muss, möglichst rasch eine möglichst grosse Zahl von Einzelbetrieben zu verstaatlichen. Die Frage der Form und der Arbeitsordnung ist zweiträgig. Hält es für richtig, die KP bei den Verstaatlichungsfragen zuzuziehen. Entweder ausserhalb des Proportes im Unterhaus oder in Parteienverahandlungen.



Hen. Böhm erklärt sich mit der Taktik einverstanden. Der Umfang im Vorschlag der VP ist jedoch viel zugering. Unsere Anstrengung müssen darauf gerichtet sein, unsere Gruppen durchzubringen.

Gen. Rauscher es wird bereits an der Detail-Liste mit Namen der zu verstaatlichenden Betriebe gearbeitet. Sie ist noch nicht vollendet. Glaubt, dass folgende drei Etappen notwendig sind:

- 1. Rahmen-Programm, mit Feststellung, wem die Betriebe übergeben werden.
- 2. Herausbringung der Namensliste.
- 3. Mähere Ausführungen samt Lenkungsmassnahmen.

Entwurf der VP wird im Unterausschuss beraten. Wir wollen unseren Antrag sofort in den grossen Ausschuss bringen.

Gen. Helmer warnt davor, sich auf irgend eine Verschleppungstaktik einzulassen.

Gen. Lantler hält die gleichzeitige Festlegung der Organisations-Form der zu verstaalichenden Betriebe für wichtig. Die VP hat eine konkreten Vorschlag gemacht, dem wir einen eigenen Vorschlag entgegen stellen müssen.

Gen. Proksch stellt fest, dass die Gewerkschaft nur eine Sorge habe, dass mit den Stimmen der ÖVP zwar ein Rahmengesetz durchzubringen sei, dass dies aber keine Möglichkeite zur effektiven Übernahme der Betriebe biete. Marnt davor, op tischen Erfolgen nachzulaufen, die keine praktischen Auswirkung haben.

Gen. Schärf Diese Befürchtung ist unbegründet. Wenn wir das Gesetz durchbringen, bedarf es nur mehr eines einfachen normalen Regierungsbeschlusses Zu übernehmen.

Es sprechen in der Debatte weiters Gen. Krones, Migsch, Pittermann. Stika, Deutsch und Proksch.

Es wird festgehalten, dass bei den kommenden Verhandlungen Gen. Rauscher und die übrigen Genossen ermächtigt sind, als Minimal-Forderung unserer Partei das Verstaatlichungs Programm des ersten Beschlusses in der provisorischen Regierung zu vertreten. Dies ist unsere unterste Grenze. Unser Bestreben muss selbstverständlich darauf gerichtet sein, mehr herauszuholen. Eine Richtlinie hiezu bildet unser Aufbau-Programm. Wenn die ÖVP darauf besteht, ihren neuen Antrag einzubringen, der wesentlich eingeschränkter ist, bedeutet dies einen Bruch der Vereinbahrungen in der Regierungserklärung; bedeutet dies ein Aussteigen aus einem einstimmigen Beschluss. Es bedeutet ferner, dass die ÖVP-Gewerkschafter abrücken von dem gemeinsamen Verstaatlichungs-Programm des österreichischen Gewerkschaftsbundes. Es ist Aufgabe des Gewerkschaftsbundes, Altenburger und Kollegen unter Druck zu setzen, sie zu zwingen, das Gewerkschaftsprogramm zu unterstützen und nötigenfalls alle Konsequenzen zu ziehen.

Anträge:

Gwerkschaftsbund und Arbeiterkammer mögen rasch eine Stellungnahme herbei führen, die die ÖVP festlegt.

Beschluss: Angenommen.

Own

Bei den Farteienbesprechungen bildet das Verstaatlichungsgesetz der provisorischen Regierung unsere Mindestforderung.

Beschluss

Angenommen.

Wenn bei den Verhandlungen die Fragen des Verfahrens und der Organ sation nicht rasch erledigt werden können, sind sie zurückzustelle

<u> Beschluss</u>

Angenommen.

VI. Allfälliges.

Gen. Helmer berichtet über den Landesparteitag Tirol. Stellt fest, dass die Partei-Organisation gut und gesund aufgebaut ist, dass be sonders auffällt, dass die Tiroler Partei ausreichenden und guten Nachwuchs besitzt. Nazifrage spielteine grosse Rolle. Es wir gut sein, wenn das Nazigesetz endlich unter Dach und Fach kommt. Gen. Helmer konnte gelegentlich seines Aufenthaltes die Verbinddung zwischen Partei und Exekutive herstellen. Dies hat eine Verbesserung in der Verwaltungsarbeit herbeigeführt. Eine besondere Rolle in Tirol spielt die Widerstandsbewegung, von Gruber geförder und gestützt. Sieht darin eine grosse Gefahr, für eine neue Gefahr in der Art von Heimwehrbewegung. Die Tiroler Widerstandsbewegung hat sich der Liga der Freiheitskämpfer angeschlossen. Tiroler Organisation begeht Erpressungen. Landeshauptmann von Tirol wäre. da für, die Liga aufzulösen. Gruber ist dagegen.

Gen. Helmer wirft bei dieser Gelegenheit grundsätzlich das Problem Freiheitsverbände auf. Neben der Liga der Freiheitskampfere wurde jeder Partei ein Verein zugestanden. VP und KP haben ihre Vereine aufgezogen. Gen. Helmer glaubt, dass es unser Bestreben sein sollt alle diese Vereine aufzulösen. Wird speziell im Fall Tirol durchgreifen.

Gen. Scharf schildert die Situation bei den verschiedenen Freiheitsverbänden und die seinerzeit geführten Verhandlungen. Selbstverständlich wäre es das beste, alle Vereine aufzulösen. Es ist fraglich, ob dies möglich ist. Wenn dies nicht durchgesetzt werden kann, ist es notwendig, dass auch wir unserenVerbände aufziehen. E hat sich bei den Verhandlungen als schlecht erwiesen, dass wir den bereits bestehenden anderen Verbänden nichts entgegen stellen konnten. In dem Augenblick, in dem wir unseren Verband aufstellen, unsere Gen. aus der Liga herausziehen, wird die Macht der Liga geschwächt, ihre Organisation entwertet. Dies ist zu bedenken.

In der weiteren Diskussion sprechen die Gen. Seitz, Schärf, Wedeni Speiser.

Beschluss

Gen. Scharf wird beauftragt, den von uns angemeldeten Verband zu aktivieren. Es bleibt unser Ziel, mit erster Möglichkeit sämtliche Freiheitsverbände aufzulösen.

Zur Besprechung gelangt der Antrag Migsch, bezüglich Unterstellung der Wirtschaftsverbände unter das Ernährungsministerium. Die Frage wird aufgeworfen, ob wir daran festhalten sollen.

<u>Beschluss</u>

Andem Antrag wird festgehalten, jedes Land hat verengste Präsenz zu sorgen.

1.Juni 1946.

KVVI

un de skanzleram t.

Z1.42.779 - 2a/46.

mdesgesetz über die Verstaatlichung m Unternehmungen des Bergbaues und stimmter Industriezweige, sowie der mken und Versicherungsgesellschaften verstaatlichungsgesetz). (Hamalel)

Information für den Herrn Bundeskanzler.

Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates haben vor einiger Zeit den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Verstaatlichung von Unternehmungen des Bergbaues und bestimmter Industriezweige, sowie der Banken und Versicherungsgesellschaften (Verstaatlichungsgesetz), als Initiativantrag im Nationalrat eingebracht. Der diesbezügliche Entwurf ist beigefügt.

Anlässlich der Beratungen des Gesetzes über öffentliche Verwalter und öffentliche Aufsichtspersonen im Vermögensauwschuss haben die Abgeordneten der SPÖ an den Vorsitzenden dieses Ausschusses das dringende Ersuchen gerichtet, so bald wie möglich im Ausschuss über diesen Gesetzentwurf zu beraten.

Es ist in Aussicht genommen worden ev. am 19. März d.J. eine Ausschussitzung hierüber abzuhalten.

Hierzu darf bemerkt werden: Die Frage der Verstaatlichung muss wohl in einer Art und Weise behandelt werden, der sich auch die Bundesregierung angeschlossen hat. Es wird deshalb wohl notwendig sein, eine Regierungsvorlage über den Gegenstand einzubringen oder durch Verhandlung mit den Parteien zu veranlassen, dass der Initiativantrag der Mitglieder des Nationalrates vorläufig solange nicht behandelt wird, als sich die Bundesregierung, in der ja alle Parteien vertreten sind, über die Frage der Verstaatlichung klar geworden ist.

In der Regierungserklärung der Bundesregierung vom 21.Dezember 1945 wurde die Frage der Verstaatlichung ohnehin in den Vordergrund gestellt. Es bedürfte deshalb dieser Teil der Regierungserklärung nunmehr seiner Ausführung.

Wien, am 8. März 1946.

Der Bundesminister ergiewirtschaft und Elektrifizierung

ů."

WIEN, den 22. Mai 1946.

He

21.: 8386/46



oule galidousel seu situedul 15.

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler !

Die Beschlüsse des Ministeri 1946 in der Frage des Energiewirtschafts Verstaatlichun gesetzes sind von der Voraussetzung ausgegangen, dass Partelenverhandlungen über die Fragen der Verstaatlichung nunmehr beginnen. Es wurde bei den Beratungen des Ministerrates der Meinung Ausdrück gegeben, dass allenfalls der parlamentarische Unterausschuss den Rahmen solcher Partelenverhandlungen bieten könnte oder dass neben den Beratungen dieses parlamentarischen Unterausschusses Parteienverhandlungen stattfinden. Nunmehr stellt sich heraus, dass der vom Nationalratsausschuss für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung eingesetzte Unterausschuss nicht ein geeignetes Forum für Parteienverhandlungen bieten kann, weil die Kommunistische Partei Österreichs in diesem Unterausschuss, da sie ja auch in dem betreffenden Nationalratsausschuss nicht vertreten ist, keine Vertretung hat. Der parlamentarische Unterausschuss ist auch lediglich beauftragt, die Beratungen über den Antrag der Abgeordneten Krisch und Gen. über ein Verstaatlichungsgesets fortzuführen und dem Nationalratsausschuss bis spätestens 4. Juni 1946 hierüber zu berichten.

Diese Sachlage macht es notwendig, die schon anlässlich der Parteienverhandlungen über die Regelung der Nazifrage besprochenen und im Ministerrat und überdies auch von allen Parteien gewünschten Parteienverhandlungen über die Verstaatlichungsfrage einzuleiten, damit bei diesen Verhandlungen auch die Frage der Ver-

staatlichung der Energiewirtschaft und damit in Verbindung der Entwurf des Energiewirtschafts-Verstaatlichungsgesetzes behandelt werden kann. Es ist auch anzunehmen, dass Parteienverhandlungen das einzig zweckmässige Mittelsind, um die Verstaatlichungsfrage als ganze der Erledinäherzubringen.

Peir Vereinten Herr Ich bitte daher, solche Parteienverhandlungen einzuleiten, und würde mir den Vorschlag erlauben, sch für die nächsten Tage die erste Besprechung anzuberaum Die Budgetverhandlungen im Nationalrat bieten die Mögli während dieser Tagungen Besprechungen im Parlame auch über die Verstaatlichungsfrage abzuhalten. Von die ii onung Möglichkeit haben die Parteien auch in der Frage des Nationalsozialistengesetzes Gebrauch gemacht, da sie fi was all den 23. Mai 1946. 9 Uhr vormittags die Fortsetzung der -xed re Parteienverhandlungen unter Zuziehung der Referenten de Verfassungsdienstes anderaumt haben. In ähnlicher Weist könnten während der Budgetberatungen auch Parteienverhandlungen über die Verstaatlichung erfolgen Um den Parteienverhandlungen eine genügende Anzahl von Entwirfen des Energiewirtschafts-Verstaatli gesetzes und sonstigen Materialien zur Verfügung zu können, wäre ich sehr verbunden, wenn Sie, sehr ver ehrter Herr Bundeskansler, Ihr Biro beauftragen wolltes gleichzeitig mit der Verständigung der demokratischen Parteien auch mich von dem Termin des Beginnes der vor geschenen Parteienverhandkungen zu verständigen. Genehmigen Sie, sehr verehrter Herr Bundeskal

Sumit bed of the states of the second of the states organically second of the states of the second of the states of the second of the states o

Protokoll

über die Sitzung der Parteivertretung am 11. Juni 1946

Anwesend: Vorsitz: Gen.Schärf Afritsch Parteivorstand: Böhm 11 Hackenberg Helmer Jochmann Koref Körner Kruus Krones Machold Maisel , Moik Popp 11 Proft Proksch Scharf Seitz Speiser Stika Strasser Flossmann Montrolle: Honay 🚺 Brachmann Emhart Jonas Kostroun Mántler Matzner Mentasti Peyerl Petschnik Pfaller . Rauscher Dr.Leser Ħ Wallisch Wedenig * Weidinger Widmayer Zechtl Upeleis zugezogen: Cischek Jenschik Pollak

<u>Tagesordnung</u>

- Regierungsberichte
 Verstaatlichung
 Schulkreuz, Schulgebet, Privatschulen

11

Pittermann Migsch * Deutsch

Gen. Pittermann: Wir wenden uns grundsätzlich gegen Preis - erhöhungen; mit Rücksicht auf Lohnstopp den wir einhalten müssen, müssen wir uns bemühen dabei für die Arbeiterschaft etwas heraus zu holen. Begrüsst die in Aussicht genommene Begünstigung bei den Arbeiterrückfahrkarten.

Antrag

Schlägt vor, dem Finanzministerium gegenüber, die Zustimmung zur Eisenbahntariferhöhung an die Bedingung zu knüpfen, dass noch in der Sommersession eine Lohnsteuerverbesserung ein - tritt. Er weist auf den Plan, die Posttarife um 100 % zu er - höhen und auf die Tatsache, dass die Postnebengebühren schon erhöht sind.

Gen. Übeleis stellt fest, dass er 1.) an der Erhöhung der Posttarife nicht das gleiche Interesse habe, wie bei den Eisenbahntarifen. Einen Einspruch der Arbeiterkammer wird er Berücksichtigen. Stellt 2.) fest, dass solang er im Amt ist, keine Erhöhung durchgeführt wurde. Alles was auf diesem Gebiet geschah, stammt noch von der provisorischen Regierung. Er hat stets den Standpunkt vertreten, dass alle Erhöhungen an die Zustimmung des Hauptausschusses gebunden sind. Die Autotarife sind von der Preisprüfungskommission des Innen ministeriums genehmigt worden, die sich, gegen seinen Ein spruch, für zuständig erklärt hat.

An der Diskussion beteiligen sich weiters Gen. Schärf. Gen. Seitz. Gen. Pittermann und Gen. Übeleis.

Gen. Übeleis der in seinem Schlusswort sich mit der von Gen. Pittermann vorgeschlagenen Taktik, Preiserhöhungen in eine gewisse Verbindung mit der Lohnsteuerfrage zu bringen, einverstanden erklärt, jedoch bittet die Erhöhungen nicht

davon abhängig zu machen.

Beschluss

Auf Antrag Übeleis stimmt die Parteivertretung den beab - sichtigten Tariferhöhungen bei der Eisenbahn zu.

Beschluss

Auf Antrag Pittermann wird dem Finanzminister gegenüber versucht werden, als Gegenleistung für die Tariferhöhungen bei der Eisenbahn eine Nobelierung der Lohnsteuer durchzusetzen.

2. Verstaatlichung.

Gen. Rauscher berichtet über den Stand der Verhandlungen mit der O.V.P. Verhandlungspartner der O.V.P. im Unter ausschuss sind : Margaretha, Altenburger, Schumy. Zunächst wurde über die Grundfragen:Prinzipien, Umfang und Form und den Ö.V.P. Vorschlag der Sozialisierung verhandelt.V.P.hat die Erklärung abgegeben, dass sie sich an die Proklamation des Bundeskanzlers gebunden erachtet. Machen aber jedoch Schwierigkeiten in allen jenen Punkten wo wir über den Rahmen der provisorischen Regierung hinausgehen. Man spührt bei den Verhandlungen deutlich, melche Interessen dahinter stehen (Magnesit Schöller-Bleckmann). Besondere Schwirzigkeiten bestehen in der Frage der Bankenverstaatlichung. Krauland und andere Ö.V.P.-Vertreter plädieren defür, dass die Kredit - anstalt zu 75% in den Händen des Staates liegen soll, 25% soll in Frivathänden bleiben. Die Farteienverhandlungen sollon Freitag im Unterhaus unter Zuziehung der K.P.Ö.fort-geführt werden. Die ursprüngliche starre Haltung der Ö.V.P., hezichich ihrer Sozialisiemmesform ist stark cemildert Man

hat den Eindruck, als würde die Ö.V.P. nur mehr Wert darauf legen, dass man versuchsweise ein paar Betriebe nach der von ihr vorgeschlagenen Organisationsform (Mitbeteiligung) einrichtet.

Antrag

Gen. Rauscher bittet um die Ermächtigung die Verhandlungen in der bisherigen Form fortzuführen. Die Wirtschaftskommission der Partei hat den Wunsch in der Frage Verstaatlichung der Versicherungen, Ölfahrzeugindustrie, Chemische-Betriebe, Lebensmittelgrossbetriebe (Zuckerfabriken) festzubleiben. Ich erbitte auch hier die Zustimmung der Parteivertretung.

Gen. Migsch ergänzt den Bericht Rauscher, glaubt, dass folgendes etappenweise Vorgehen zweckmässig und möglich wäre.

1.) Verhandlungen über den Umfang der Sozialisierung.

2.) Verhandlungen über die Form der Sozailisierung.

3.) Verhandlungen über den Ö.V.P. Vorschlag dem Mitbesitzrechts. Getrennte Verhandlungen über diese Fragen scheinen ihm absolut erreichbar.

Der Ö.V.P.-Vorschlag wird von uns selbstverständlich theoretisch und praktisch abgelehnt. Es ist jedoch notwendig, dieses Zugeständnis en die Ö.V.P. zu machen, damit wir überhaupt zu einem Sozialisierungsgesetz kommen. Ist überzeugt, dass dieses Gesetz auf dem Papier bleibt. Der Gewerkschaftsbund hat ein Forderungsprogramm aufgestellt, von dem ein grosser Teil bereits im Verhandlungswege errecht wurde. Ö.V.P. leistet immer Widerstand, je mehr wir uns von dem Programm der provisorischen Regierung entfernen. Migsch ist der Meinung, dass wenn wir noch die Bankenverstaatlichung erreichen, auf andere vorläufig verzichten, wie Versicherung u,s.w. ums zufrieden geben und die Verhandlungen abschliessen sollen.

Das Verstaatlichungsgesetz mit dem Umfang, der auf Grund der Parteienvereinbarung festgelegt wird, soll noch im Juni beschlossen werden. Im Herbst ist dann ein zweites Gesetz über die Betriebsform anzustreben und gleichfalls im Herbst ein drittes Gesetz über die Mitbeteiligung laut Ö.V.P. Vorschlag.

An der Diskussion beteiligen sich;

ven. Deutsch der darauf hinweist, dass die Ö.V.P. uns 1.) versucht faule-Betriebe anzuhängen und die kapitalskräftigen, rentablen Betriebe auszubrechen und, dass sie 2.) versuchen wird die Sache hinauszuschieben. Sie will uns in eine Sozialisierung hineinmanöverieren, die nach Erfolg aussieht und keine ist. Verweist auf die Wichtigkeit einer Industrie, die noch nicht genannt wurde - Papier -. Die Gen. Migsch und Rauscher unterschätzen seiner Meinung nach die Zeit und überschätzen die Nachgiebigkeit der Ö.V.P. Unser Interesse ist es, die Sache rasch hinauszubringen, aus dem Dunkel des Unterausschusses, der kie Parteienvereinbarung an das Licht der öffentlichen Diskussion. Wir können die Genossen nicht auffordern, die Verhandlungen wie bisher fortzusetzen; sie müssen so geführt werden, dass es rasch zu einer Debatte im Haus kommt.

Gen. Pittermann der gleichfalls die Notwendigkeit hervorhebt, rasch mit den Verhandlungen in den Vollausschuss zu kommen, hat das Gefühl, dass die Bemihungen erfolgreich sein werden.

Vielleicht bedarf es eines gewissen Nachdruckes, damit wir nicht zuviele Zugeständnisse machen müssen.

Gen. Krones, die nicht daran glaubt, dass das von Migsch zitierte etappenweise Vorgehen und getrennte Verhandlungen möglich sein wird. Ist überzeugt, dass die Ö.V.P.nicht darauf verzichtet, dass ihr Vorschlag über das Mitbesitzrecht schon jetzt bei den Juni Verhandlungen fällig ist. Ist der Meinung, dass wir schon jetzt die öffentliche Diskussion über die Ö.V.P.Vorschläge beginnen müssen, A.Z. eventueld Betriebsrätekonferenzen etc.

Zwischenruf Gen. Migsch erklärt, dass diese Verhandlungen stören würder.

Gen. Stika. der ebenfalls für Verhandlungen in breitester Offentlichkeit eintritt, glaubt, dass die Parteivertretung die Genossen im Unterausschuss und im Ausschuss ersuchen soll, die Verhandlungen zu betreiben, so, dass es noch zu einem Erfolg im Juni kommt.

Gen. Seitz, der auf die Bedenken Breitners in der Bankenverstaatlichung verweist.

Beschluss

Der Bericht des Unterausschuss wird zur Kenntnis genomm und vertraulich erklärt.

3. Schulkreuz, Schulgebet, Privatschulen.

Gen.Popp ,legt dem P.V. zwei Entwürfe einer Parteienver - einbarung in der Frage Schulkreuz, Schulgebet vor.

Antrag

Bittet um Zustimmung bei der am Freitag stattfindenden Parteiverhandlung 1.) die beiden Erlässe zu erledigen, 2.) in der Frage der Privatschulen den Versuch zu unter nehmen, an Stelle einer Pauschalermächtigung eine kon tingierte Ermächtigung durzusetzen, Bei der besonders darauf Bedacht genommen werden soll, dass speziell die Lehrerbildungsanstalt in unserem Sinn geregelt wird. An der Debatte beteiligen sich:

Gen. Zechner, der die Parteienvereinbarung begrüssen würde, weil er es für unerträglich hält, es zu einer Abstimmung in der Plenarsitzung kommen zu lassen. Bei Festsetzung einer Kontigierung der Privatschulen darf nicht nach Schulklassen vorgegangen werden, sondern nach der Schülerzahl. Spricht dafür, dass wir in der Frage der Lehrerbildungsanstalt festbleiben.

Gen. Salinger spricht sich gleichfalls für die Parteienvereinbarung aus, man soll keine Prestigefrage daraus machen. Wenn Wien den Kampf aufnimmt wird das Land die Zeche bezahlen.

Gen. Seitz, der die Entwirfe als schwere Belastung für uns bezeichnet.

Gen. Brachmann der sich dafür ausspricht, den Gen.im Wiener-Stadtschulrat und in anderen Körperschaften in Erledigung von gewissen Fragen freie Hand zu lassen, sodass keine parteipolitische Sache und Parteiverantwortung daraus entsteht.

über die Sitzung des Parteivorstandes am 17. Juni 1946.

Anwesend:	Vorsitz:	Gen.	Schärf
Parteivorstand:		tt	Afritsch
I at oction powers		ŧŧ	Böhm
		tī	Hackenberg
		11	Helmer
		tt	Jochmann
		If	Koref
		tt	Körner
		Ħ	Krones
		tf	Machold hais
		II	Matret
		1t	Moik
		ff .	Popp
		tt	Proft
		11	Proksch
		tt	Scharf With
		11	DETON .
		tt tt	Speiser 7
		ı: It	Stika
		11	Strasse#
	•	it	Flossmann
Kontrolle:		II	Honay
		11	Jonas
		tf	Kostroun
		ff.	
		1f	Mentasti
		tt	Mantler Mentasti Pfaller
		tt	Rauscher
		tt	Widmayer
		tt	Übeleis
zuge zogen:			nzel
•		1,161	Cischek
		tt	Jenschik
		tt	Pollak
		ŧŧ	Pittermann
		tt	Migsch
		11	Deutsch
		-	Denober

Tagesordnung

- Regierungsberichte
 Agragkommission

- 3. Fürsorgewesen der Partei 4. Bund Sozialistischer Akademiker
- 5. Verstaatlichung
- 6. Ernährung
- 7. Allfälliges.

der gewissermassen die Kasse für öffentliche Subventionen und Spenden darstellen kann. In diesem Verein sollen alle Fürsorgesparten der Partei als Unterreferate aufgenommen werden. In das Präsidium sollen in der Gesellschaft bekannte Nichtpolitiker gehen.

Antrag

Es soll ein Subkomitee, zur Vorbereitung einen Zentralisation der Parteifürsorgearbeit eingesetzt werden. Personenforschläge: Afritsch, Kratky, Holaubek und Flossmann.

<u>Beschluss</u>

Angenommen.

4. Bund-Sozialistischer Akademiker.

Die Konstituierung des Bundes ist vorgenommen. Einige schon bestehende Vereinigungen aus den Bundesländern haben sich angeschlossen. Offen ist die Frage, ob Parteimitgliedschaft für Mitglieder, oder nur für Funktionäre gefordert werden soll. Dieser Punkt wird noch geklärt und vorläufig zurückgestellt.

Gen. Deutsch teilt mit, dass die Arbeitsgemeinschaft "Sozialistischer-Journalisten und Schriftsteller" sich anschliessen will und berichtet ferner über die Verhandlungen mit dem "Strom". Er hätte die Absicht, diese Studentenzeitschrift, die gegenwärtig mit einem Defizit arbeitet, mit der "Bastei" zusammenzulegen und ein Organ für die gesamte Akademikerschaft zu schaffen.

Gen. Pittermann ist grundsätzlicher Gegner eines Bundes der Akademiker in der Partei. Wenn schon vorhanden, müsste eine solche Vereinigung abgegrenzt werden. Das derzeitige Bestreben, alle möglichen Berufsgruppen, die nicht Akademiker sind aufzunehmen, ist ungünstig. Wenn man aber daran festhalten will, müsste der Name geändert werden, der Bund etwa in eine Intellektuellen Organisation umgebildet werden.

Gen. Migsch stellt Umbildung des Bundes in Aussicht. Was vorhanden ist, ist nur ein Anfang.

Bezeichnet die Zeitschrift "Strom" als unzulänglich. Verspricht das Projekt Deutsch zu fördern, bittet jedoch noch Geduld zu haben.

5. Verstaatlichung.

Gen. Migsch und Gen. Rauscher berichten über die Verhandlungen im Unterausschuss. Krauland ist mit dem Gesetz einverstanden. Knüpft die Bedingung daran, dass es mit 31.12.46, ausser Kraft gesetzt wird, wenn nicht vorher das Entschädigungsgesetz und das Gesetz über ihren Sozialisierungsvorschlag (Werksgenossenschaften) genehmigt wird.

Es folgt eine Besprechung des Sozialisierungsgesetzes, des Entschädigungsgesetzes und des ÖVP-Vorschlages über die Mitbeteiligung der Arbeiter an 5 Betrieben. Es ist daran gedacht, die Betriebe die nach dem ÖVP-Vorschlag organisiert werden sollen, nach Anhörung der Arbeiter- und Handelskammer einvernehmlich auszuwählen.

Die Gen. Rauscher und Migsch haben das Gefühl, dass es sich bei dem Werksgenossenschafts-Vorschlag um ein Rückzugsgefecht der ÖVP handelt.

Bei der Sozialisierung wird als erste Etappe so vorgegangen, dass die alten Organisationsformen mit Umbildung und Weubildung der Aufsichteräte zunächst noch beibehalten werden. Bei diesen Neuzusammensetzungen sollen Arbeiter und Angestellte der Betriebe herangezogen werden. Neuorganisationsformen für die verstaatlichten Betriebe können erst in einer zweiten Etappe erreicht werden.

Gen. Deutsch macht auf die Gefahr aufmarksam, dass die Liste der zu verstaatlichenden Betriebe eine ganze Reihe von faulen Unternehmungen enthält, die uns Verlegenheiten bereiten werden. Stellt fest, dass dies keineswegs die Verstaatlichung ist, die wir uns vorgestellt haben. Die Verstaatlichung, wie sie jetzt vor uns liegt ist zwar ein Sieg des Prinzips, wir können aber damit kaum sichtbar eine Veränderung des wirtschaftlichen Systems demonstrieren.

6. Ernährung

Gen. Frenzel berichtet über die Ernährungslage. Er erhielt Verständigung der UNRRA, dass 2 Weiegznschiffe, die für Österreich bestimmt waren nach Italien umdirigiert werden mussten. Hierdurch ist die halbe Juliration in Frage gestellt. Die Streiks in den Betrieben schwellen lawinenartig an. Für die kommende Woche muss Brotkürzung einsetzen, die durch Kartoffel ersetzt werden soll.

Gen. Pittermann wirft die Frage der UNRRA auf. Verschiedene Vorkommnisse zwingen uns zu dem Urteil, dass es sich um einen gofrss aufgezogenen Schwindel und um eine Gruppe von Schleichhändlern handelt. Dieser Volksbetrug sollte öffentlich entlarvt werden. UNRRA hat tatsächlich nur Ernährung für 2 bis 3 Wochen gebracht, lebt ansonsten von den Vorschüssen der Alliierten. Wir lehnen diese Art von Befürsorgung als unwürdig ab. Gen. Pittermann wiffrt ferner die Frage der Warenlenkung auf.

Weist auf den Fall - Salzburg/Zelluhose - hin.

Gen. Proft spricht sich dafür aus, dass mand ie Ernährungsfrage in breitester Öffentlichkeit diskutiert. Beantragt, den Ernährungsausschuss einzuberufen.

Ander weiteren Diskussion beteiligen sich Gen. Böhm, der sich dem Urteil über die UNRRA und dem Vorschlag Proft anschliesst; Pollak, welcher davor warnt, die UNRRA öffentlich anzugreifen, weil wir dennoch auf die Hilfe der Alliieten angewiesen sind.